№ 33 Morgen Ausgabe A 141

Vossische Berlin Zeitung

Gegründet 1704

Dienstag 15. Juli 1924

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.20 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—5663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686—8690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Offensive der Reaktion.

Die letzte Woche vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz hat ohne Zweifel eine Trübung der außenpolitischen Atmosphäre gebracht. Die Reaktion holt in allen Ländern zu einem neuen Schlage aus, um das Friedenswerk der Verständigungspolitiker zu stören. Vielleicht bringt London doch eine Besserung, nicht nur des Ruhrgebiets und des übrigen Deutschlands, sondern aller europäischen Länder von der Politik der Gewalt, und das soll mit allen Mitteln verhindert werden. Die Regierung, die eine Verständigung anstrebt, zu stürzen — dazu reichen die Zeit und Kraft nicht aus. Aber wenigstens soll der Versuch gemacht werden, sie zu lähmen und sie dem Ausland gegenüber zu diskreditieren, indem man ihr zustimmt.

In Frankreich hat der Senat unter Poincarés Führung diese Methode nicht ohne Erfolg angewandt, in Deutschland versuchen die Deutschnationalen dasselbe. Ihre Absicht geht offenkundig dahin, die Deutsche Volkspartei schwankend zu machen und dadurch die Regierung in eine gefährliche Lage zu bringen. Daß nicht viel dazu gehört, bei dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei dieses Ziel zu erreichen, versteht sich. Aber die strategische Aufgabe ist doch erst gelöst, wenn es gelingt, den Außenminister Dr. Stresemann „herum zu bekommen". Urteilt man nach der Elberfelder Rede Dr. Stresemanns und nach den Zeitungsäußerungen der ihm nahestehenden Presse, so kann man es immerhin verstehen, daß die deutschen Poincaréisten und die französischen Hergts sich in dem Glauben wiegen, ihre Minierarbeit sei nicht vergeblich gewesen. Schon die Rede, die Stresemann in Elberfeld am letzten Donnerstag vor den Eisen- und Stahlwerksindustriellen gehalten hat, hat die Situation weder innen- noch außenpolitisch gefördert. Der Reichsaußenminister sprach zwar nur von den Bedingungen, zu denen wir nach dem Versailler Vertrage verpflichtet sind, und daß uns über diese Bedingungen hinaus nichts aufgezwungen werden darf, daß also auch das Sachverständigen-Gutachten, das die Verpflichtung des Versailler Vertrages weit überschreitet, unserer Zustimmung bedarf, und daß wir diese Zustimmung nur unter gewissen Voraussetzungen geben können. Aber im Ausland hat man auf die Worte „Voraussetzung" und „Bedingung" nur allzu sehr den Ton gelegt und die überaus bedenklichen Darlegungen, die sich am vergangenen Sonnabend in der dem Reichsaußenminister nahestehenden „Zeit" fanden, haben den Poincaréisten neue Nahrung gegeben.

Allen diesen Auffassungen, die infolge der volksparteilichen Seiltänzer-Kunststücke im Ausland entstanden sind, hat der Reichskanzler durch seine ausgezeichnete Rede auf dem Empfangsabend beim Presseschef den Boden entzogen. Der verantwortliche Leiter der deutschen Politik hat keine Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Regierung bereit ist, ohne Winkelzüge, ohne Sonderbedingungen und Vorbehalte den Dawes-Plan zu akzeptieren. Und er hat ausdrücklich betont, daß Verschiedenheit der Auffassung über die springenden Punkte im Kabinett nicht besteht. Die deutsche Regierung nimmt, ebenso wie die französische und die englische, den Reparationsplan der Sachverständigen bedingungslos an; denn die Bedingung, daß „das Gutachten von allen Beteiligten seinem Inhalt und seinem Geiste gemäß aufrichtig aufgenommen und durchgeführt wird", ist keine Bedingung, sondern dem Sinn und dem Wortlaut nach ein integrierender Teil des Gutachtens selbst.

Mit dieser freimütigen und nicht mißzuverstehenden Aeußerung des Reichskanzlers sind auch alle jene irreführenden Auslegungen über die zwei Phasen der Durchführung des Dawes-Plans hinfällig, die sich die „Zeit" am letzten Sonnabend geleistet hat. Aber mußten solche Fasseleien in einem Blatte, das nun einmal als „Stresemann-offiziös" gilt, gerade zur selben Stunde veröffentlicht werden, wo der Reichskanzler vor der deutschen Presse und damit vor dem Forum der ganzen Welt das genaue Gegenteil sagte? Auch wenn der Reichsaußenminister von den diplomatischen Akrobatenstücken „seines" Blattes vorher nichts gewußt hat, so muß doch im Inland und im Ausland dadurch der Eindruck entstehen, als ob die Regierung in dieser wichtigsten politischen Frage der nächsten Wochen nicht völlig einer Meinung sei. Daß es in jeder Regierung und erst recht in einem Koalitionskabinett Meinungsverschiedenheiten gibt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, aber in den lebenswichtigen Fragen der Innen- und Außenpolitik darf es innerhalb der Regierung keine Zwiespältigkeit geben. Gerade weil der Reichskanzler am Sonnabend glaubhaft versichert hat, innerhalb des deutschen Kabinetts Einigkeit besteht, muß nun aber auch alles vermieden werden, was nach außen hin den Schein tief greifender Differenzen erwecken kann.

Die deutsche Regierung und jedes ihrer Mitglieder müssen jetzt den Mut aufbringen, der Reaktion zu trotzen. Auch in der Form darf den deutschnationalen Unruhestiftern keine Konzession gemacht werden, selbst dann nicht, wenn es so geschickter Weise gemacht wird, wie das Herriot im Senat getan hat. Nach den Pariser Besprechungen zwischen Herriot und Macdonald rief Pertinax im „Echo de Paris" empört aus, daß die französisch-englische Vereinbarung zur Londoner Konferenz Frankreich „jeder Möglichkeit zum unabhängigen Handeln beraubt". In Deutschland frohlockte die Reaktion, als von den Kreisen, die dem Reichsaußenminister nahestehen, die Politik der freien Entschließung proklamiert wurde. Die blutige Internationale ist also wieder einmal bis in die taktischen Fragen hinein einig. Tatsächlich gibt es — das muß unumwunden ausgesprochen werden — für Deutschland so wenig wie für die Gegenseite den Zurück oder auch nur ein Schwanken. Die deutsche Regierung hat zu verschiedenen Malen dem Sachverständigen-Plan ihr Jawort gegeben, und diese Bindung gilt, wie erfreulicherweise Reichskanzler Marx betont hat, auch heute noch zu recht. Die große Mehrheit des deutschen Volkes und mit ihr die deutsche Regierung ist also entschlossen, den Sachverständigen-Plan in aller Form anzunehmen und loyal durchzuführen. Die Regierung braucht dazu die Zustimmung des Parlaments. Sollte der Reichstag, wider Erwarten, aus kleinlichen parteitaktischen Rücksichten seine Zustimmung versagen, so hat er damit bei der wichtigsten Aufgabe, die er zu erfüllen hatte, versagt, und die notwendige Folge muß sein, daß der Reichspräsident das Parlament auflöst und das Volk selbst befragt. An der Antwort des deutschen Volkes aber besteht kein Zweifel. R. L—n.

Macdonalds Vollmacht für die Konferenz

Amerika und die R.-K.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 14. Juli.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses, der der abessinische Thronfolger mit großem Gefolge, das Mitglied des Dawes-Ausschusses Young und zahlreiche Diplomaten, darunter auch der deutsche Botschafter, beiwohnten, leitete Asquith, der Senior des Hauses, die Debatte über den Dawesbericht und die Pariser Konferenz ein.

Asquith begrüßt Ramsay Macdonald zu dem Ergebnisse der Pariser Besprechungen insofern, da es dem Ministerpräsidenten gelungen sei, die Londoner Konferenz zu sichern. Er betonte dann, daß es notwendig sei, heute die Debatte so zu führen, daß der Verlauf in keiner Art und Weise der Autorität des englischen Premierministers auf der Konferenz als eines Vertreters des ganzen englischen Volkes Abbruch tun könne.

Asquith erklärte, daß es seit dem Kriege eingeführte Ersatz des bisher üblichen diplomatischen Verkehrs der Botschafter durch übereilt vorbereitete Aussprachen der Ministerpräsidenten am Teetisch oder auf Eisenbahnstationen sich nicht bewährt habe. Es sei eine Form, die weder Geheimdiplomatie noch offene Diplomatie sei, sondern die Nachteile beider verbinde. Diese neue Diplomatie habe durch wiederholte Nebenarten von der „völligen Uebereinstimmung", die erreicht worden sei, ein neues Vokabularium geschaffen. Asquith verlangt dann vom Ministerpräsidenten darüber Auskunft, ob dieser bereit sei, an der Feststellung einer deutschen Nichterfüllung innerhalb der Reparationskommission mitzuwirken? und wie sich die Regierung die angekündigte baldige Lösung der Sicherungsfrage denke? Er feinerseits holte es für notwendig, den Standpunkt seiner Partei und, wie er glaube, der überwiegenden Mehrheit in der englischen öffentlichen Meinung dahin auszusprechen, daß eine einseitige Lösung der Sicherungsfrage durch die Zusage einer englischen militärischen Hilfe nicht stattfinden könne. In Betracht komme nur ein allgemeiner Pakt im Rahmen der Völkerbundssatzung, der Deutschland und Frankreich dieselbe Sicherheit gewähre, und der von England nur die Verpflichtung fordere, in jedem Fall, in dem ein Land gegen ein anderes zu Feindseligkeiten übergehe und damit die Völkerbundssatzungen breche, sich auf die Seite des angegriffenen Landes zu stellen. Notwendig sei eine erweiterte Interpretation des Paragraphen 10 des Völkerbundsstatuts, welches es ermögliche, Frankreich eine wirksame Sicherheit zu geben.

Baldwin äußerte sich sehr kritisch über die außenpolitischen Methoden Ramsay Macdonalds, der es in kurzer Zeit verstanden habe, in einer recht großen Teetasse einen recht heftigen und gefährlichen Sturm zu brauen, indem er die Empfindlichkeiten Frankreichs bezüglich der Unverletzlichkeit des Friedensvertrages und der absolut souveränen Stellung der Reparationskommission besonders gereizt habe. Diese Politik sei nicht nur unklug gegenüber Frankreich, sondern auch gegenüber Deutschland gewesen, indem der Premierminister durch seine Interpretation des Dawesberichts, der angeblich weit über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgehe, ganz falsche Hoffnungen erweckt habe. Der Dawesbericht sei für Deutschland so günstig, daß man von Deutschland erwarten könne, daß man ihn ohne viel Widersprüche und Verhandlungen annehme. Deutschlands Währung würde stabilisiert, es würden Methoden für die Zahlungen der Reparationen festgesetzt werden, die im Vergleich zu Oesterreich und Ungarn ein Minimum von Eingriffen in die deutsche Staatshoheit darstellen, und es werde außerdem festgesetzt, daß die deutschen Reparationszahlungen nach einem wirtschaftlich zu ermittelnden Wohlfahrtsindex zu bestimmen seien, so daß der Fall nicht eintreten könne, daß Deutschland zu Zahlungen gezwungen wird, die gegen die wirtschaftliche Vernunft verstoßen.

Baldwin erklärte, daß er sich mit den Vorschlägen von Asquith einverstanden erkläre, die Sicherungsfrage durch den Völkerbund zu lösen, und richtete an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob Ramsay Macdonald dafür sorgen werde, daß, wenn man Deutschland unter Beanspruchung des englischen Geldmarktes eine Anleihe von 40 Mill. Pfund gewähre, seitens der Alliierten dafür Sorge tragen werde, daß die deutsche Industrie nicht etwa durch niedrigere Steuerlasten in der Lage sein werde, die englische Industrie erfolgreich aus ihren Märkten zu verdrängen. Die deutsche Industrie müsse dieselben Steuerlasten auferlegt erhalten, die die englische Industrie zurzeit zu tragen habe.

Ramsay Macdonald entgegnete, die konservative Partei habe nicht das Recht, ihm diplomatisches Ungeschick vorzuwerfen, da bereits im Bonar-Law-Plan der Ersatz der Reparationskommission durch eine besondere Aufsichtsbehörde über die deutschen Reparationsleistungen angekündigt wurde. An diesem Vorschlage habe Ramsay Macdonald im Interesse der Kontinuität der englischen Außenpolitik festhalten müssen. Jetzt werden die Befugnisse der Reparationskommission bezüglich des Dawes-Berichts von den Rechtssachverständigen geprüft werden.

Ramsay Macdonald betonte dann, daß es in erster Linie darauf ankommen werde, die jenigen Garantien ausfindig zu machen, die es den Geldgebern in England Amerika, Holland und, wie er ganz bestimmt hoffe, auch in Frankreich ermöglichen werde, ihr Geld in der Wiederaufbauanleihe für Deutschland anzulegen. **Frankreich werde sich damit einverstanden erklären, daß ein Amerikaner oder ein anderer Alliierter mit genau umschriebenen Befugnissen ausschließlich als Treuhänder bei der Anleihezeichner an einer etwaigen Feststellung der Nichterfüllung mitwirke.** Eine amtliche Vertretung Amerikas in der Reparationskommission sei zurzeit unmöglich, nicht nur unmöglich wegen der politischen Ansichten der Amerikaner, sondern auch deswegen, weil die amerikanische Regierung erst im Dezember ein Gesetz verabschieden könne, das ihr die Mitwirkung in der Reparationskommission gestatten würde. Der Generalagent der Reparationen sei eine besonders geeignete Persönlichkeit, um bei Meinungsverschiedenheiten über solche Nichterfüllungen als Schiedsrichter zu wirken, weil er vertraulich die sogenannte Mechanik des Dawes-Berichtes zu kontrollieren habe und infolgedessen über jede Eingelheit bezüglich des Ganges der Zahlungen und des deutschen Zahlungswillens orientiert sei. Die Finanzsachverständigen, die der Londoner Konferenz beiwohnen würden, würden dazu herangezogen werden, um die Vereinbarungen zu beraten über diejenigen Sicherheiten, welche die internationale Finanz verlangen zu müssen glaube, um die deutsche Anleihe mit Erfolg auflegen zu können.

Die englische Regierung habe nicht die Absicht, bereits auf der Londoner Konferenz Sanktionen für den Fall einer deutschen Nichterfüllung auszuarbeiten und zu veröffentlichen, wonach im Falle einer Feststellung einer deutschen Nichterfüllung eine absolute Einheit der Interessen der Alliierten vorliegen würde, die es erforderlich mache, daß man über die geeigneten Maßnahmen berate, um die Durchführung des Dawes-Berichtes zu sichern. Eine Aenderung des Verteilungsschlüssels von Spa auf der Londoner Konferenz komme nicht in Frage. Es sei auch ferner nicht beabsichtigt, die Sicherungsfrage oder die Schuldenfrage auf der Konferenz selbst zu behandeln.

Er könne Asquith die Versicherung geben, daß er denen Auffassung vollständig teile, wonach die europäische Friedensficherung nur durch ein allgemeines Uebereinkommen im Rahmen des Völkerbundes erreicht werden könne. Diese Auffassung sei nicht nur die Richtschnur für die Verhandlungen der Regierung, sondern sie finde bereits in Frankreich eine zunehmend günstige Aufnahme. Eine hohe französische militärische Autorität (gemeint ist General Nollet) habe sich in Paris folgendermaßen zum englischen Ministerpräsidenten geäußert: „Das französische Sicherungsproblem ist nicht das Problem der einseitigen Sicherung Frankreichs, sondern der allgemeine Sicherung des europäischen Friedens. Diese Auffassung, so schloß Macdonald, stellt einen ersten wesentlichen Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden dar.

Nach Macdonald sprach der liberale Abgeordnete General Spearn, der hervorhob, daß Macdonald die Frage Asquith'